LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/8724
zu Drucksache 18/8544
07. 02. 2024

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/8544 –

Geplanter Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz – Nachfrage

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/8544 –** vom 16. Januar 2024 hat folgenden Wortlaut:

Mit Kleiner Anfrage vom 30. November 2023 – Drucksache 18/8184 – erfragte der Unterzeichner den Sachstand der Verhandlungen des geplanten Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz. In Frage 2 wurde explizit nach dem Zeitplan für die bereits begonnenen Verhandlungen gefragt. Seitens der Landesregierung wurde in der Beantwortung durch das Innenministerium – Drucksache 18/8397 – lediglich auf den Beschluss des Ministerrats vom 14. Februar 2023 zur Aufnahme der Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V., zur Weiterentwicklung der Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2005 hin zu einem Vertrag und einer ersten Verhandlungsrunde zwischen den Parteien verwiesen. Weitere rheinland-pfälzische Interessenvertretungen der Sinti und Roma würden nicht an den Vertragsverhandlungen beteiligt werden.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie sieht der weitere Zeitplan für die aufgenommenen Verhandlungen aus (bitte tabellarische Darstellung unter Nennung der jeweiligen Monate und konkreten Schritte)?
2. Wann rechnet die Landesregierung mit einem Abschluss der Vertragsverhandlungen?
3. Wann ist mit einer Bescheidung der in der Beantwortung zu Frage 5 bis 7 – Drucksache18/8397 – erwähnten Projektförderanträge zu rechnen?
4. In welcher Höhe werden bisher jährlich Fördermittel an die Interessenvertretungen der Sinti und Roma gewährt?
5. Sollen diese Fördermittel mit dem geplanten Staatsvertrag erhöht werden?
6. Plant die Landesregierung Projekte zur Aufarbeitung der Geschichte der Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz, etwa wie in Schleswig-Holstein?
7. Welche Projekte gab es in den letzten fünf Jahren in Rheinland-Pfalz, um dem Antiziganismus entgegenzuwirken?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 9. Februar 2024

18/8724
07-02-2024

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

07. Februar 2024

Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid (FREIE WÄHLER)
betr. „Geplanter Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz – Nachfrage“
- Drucksache 18/8544 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Verhandlungen werden mit der gebotenen Sorgfalt zügig geführt.

Derzeit läuft die Ressortbeteiligung. Nach deren Abschluss wird die Planung der weiteren Schritte erfolgen. Dabei wird angestrebt, den Vertrag im Jahr 2025 – und damit 20 Jahre nach Zustandekommen der bestehenden Rahmenvereinbarung – abzuschließen.

Zu Frage 3:

Für entsprechende Projektförderanträge gelten die Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung vom 2. März 2023 „Förderung der Kultur und der Sprache Romanes der deutschen Sinti und Roma“ (VV Förderung Sinti und Roma).

Für die Jahre 2023 und 2024 liegen derzeit insgesamt vier Projektförderanträge vor. Hiervon wurden zwei Anträge bereits positiv beschieden. Die übrigen Anträge wurden ebenfalls nach Eingang umgehend einer ersten Prüfung unterzogen. Dabei wurde festgestellt, dass noch nicht alle notwendigen Informationen vorlagen. Die noch fehlenden Unterlagen wurden nachgefordert.

Zu Frage 4:

Als eine regelmäßige jährliche Zahlung an Interessensvertretungen im Sinne der Fragestellung können die „Zuschüsse an den Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.“ bei Einzelplan 03, Kapitel 03 02, Titel 684 64 verstanden werden. Die ausgezahlten Mittel betragen:

- 239.745,56 Euro für das Jahr 2022,
- 230.156,46 Euro für das Jahr 2023 (vorläufiges IST).

Der Haushaltsansatz für das Jahr 2024 beträgt 246.000 Euro.

Darüber hinaus können Interessensvertretungen Projektmittel beantragen. Im Einzelplan 03, Kapitel 03 02 Titel 684 66 „Zuschüsse zur Förderung insbesondere der Kultur und der Sprache Romanes der deutschen Sinti und Roma im Rahmen von Projektförderung“ werden seit 2022 entsprechende Mittel eingestellt. Für das Jahr 2022 lagen keine Anträge vor, entsprechend erfolgte auch keine Auszahlung. Für das Jahr 2023 wurden Mittel in Höhe von 3.533,81 Euro ausgezahlt. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2024 beträgt 30.000 Euro.

Zu Frage 5:

Aussagen darüber, ob Fördermittel bei Abschluss des derzeit verhandelten Vertrages erhöht werden, können aufgrund des aktuell laufenden Prozesses noch nicht getroffen werden.

Zu Frage 6:

Seitens der unterschiedlichen Interessensvertretungen gibt es verschiedene Ansätze und Projektideen zur Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma. Die Landesregierung wird prüfen, ob und inwiefern diese seitens des Landes unterstützt werden können. Ein Projekt, wie es vom schleswig-holsteinischen Landtag im Jahr 2022 beschlossen wurde, ist seitens der Landesregierung aktuell nicht in Planung.

Zu Frage 7:

Einen Gesamtüberblick über die Maßnahmen zur Umsetzung der Minderheitenpolitik in Rheinland-Pfalz bieten der jüngste Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten sowie der Zwischenbericht zum Siebten Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, welcher ebenfalls im vergangenen Jahr erstellt wurde. Einen Verweis zu den entsprechenden Berichten findet sich auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Sport.[1]

Die Bekämpfung von Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung und findet daher auch Niederschlag im Koalitionsvertrag. Einen Überblick über die einzelnen Projekte und Maßnahmen seit 2018 gibt die nachfolgende Darstellung:

[1] https://mdi.rlp.de/themen/buerger-und-staat/nationale-minderheiten; letzter Zugriff am 06.02.2024

Im Jahr 2020 wurde der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschlossen. Er verfolgt unter anderem das Ziel, eine Kultur der Gleichwertigkeit zu fördern, demokratisches Bewusstsein zu stärken, Diskriminierungsschutz in allen Lebensbereichen zu verankern und ein gewaltfreies Leben für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben, ihrem Geschlecht, ihrer geschlechtlichen Identität oder einer etwaigen Behinderung in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Ihm liegt ein merkmalsübergreifender Ansatz zugrunde, der den verbindenden Kern aller Abwertungsmechanismen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in einer Ideologie der Ungleichwertigkeit ausmacht. Als Merkmal Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird dabei neben Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und anderen auch Antiziganismus in den Blick genommen.

Der Landesaktionsplan beinhaltet 29 Maßnahmen, Programme und Strukturen der Landesregierung, die in unterschiedlichen Anteilen von Zivilgesellschaft und Landesregierung umgesetzt werden wie z. B.

- der Beratungskompass RLP, in dem Betroffene von Antiziganismus (und anderer Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit) Beratungs- und Unterstützungsangebote in ihrer Nähe finden können;

- die Meldestelle m*power, bei der antiziganistische (und andere menschenfeindliche) Vorfälle gemeldet werden können;

- die Beratungsstelle SoliNet, bei der Betroffene digitaler Gewalt Beratung und Unterstützung erhalten;

- die Kampagne #ScrollNichtWeg, die auf den Social-Media-Plattformen Instagram, TikTok und Facebook sowie auf einer eigenen Homepage über unterschiedliche Formen digitaler Gewalt und den dahinterliegenden Ideologien Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit informiert, Betroffene unterstützt und zu digitaler Zivilcourage aufruft;

- das Programm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit", das auch Projekte fördert, die sich merkmalsübergreifend mit Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen und sich gegen diese engagieren.

Der institutionelle geförderte Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., eröffnete im Jahr 2022 die bundesweit erste regionale Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA-RLP). Mit dieser Meldestelle sollen Betroffene niedrigschwellig antiziganistische Vorfälle melden können und eine Verweisberatung erhalten. Zudem dient MIA-RLP dazu, antiziganistische Vorfälle, auch solche unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, erstmals und systematisch zu erfassen. Im Jahr 2023 unterzeichneten der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. sowie m*power eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antiziganismus. Auch besteht eine Kooperation zwischen MIA-RLP und der rheinland-pfälzischen Polizei.

Das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz bietet kontinuierlich Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte zur Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Im Themenfeld Antiziganismus sowie Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma fand am 15. Juni 2021 bspw. die Fortbildungsveranstaltung mit dem Titel „Antiziganismus und die Verfolgung von Sinti und Roma. Regionalgeschichte im Nationalsozialismus anhand lokalhistorischer Geschichte der Rhein-Neckar-Region erfahrbar machen“ unter Beteiligung der Arbeitsstelle Antiziganismusprävention der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und des Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. statt.

Die Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen am Pädagogischen Landesinstitut stellt Informationen für Schulen im Themenfeld bereit und fördert auf der Grundlage der im April 2020 in Kraft gesetzten „Richtlinie zur Förderung von schulischen Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Gewaltherrschaft, besonders des Nationalsozialismus“ entsprechende Projekte in Kooperation mit Sinti und Roma oder auch zu den (Gedenk-)Orten und Opfern der nationalsozialistischen Terrorideologie, wie zum Beispiel in Koblenz (Peter-Altmeier-Ufer), Landau (Kaufhausgasse), Mainz (Altenauergasse), Trier (Bischof-Stein-Platz), Pirmasens (Klosterstraße) und Worms (Lutherpark). Im Rahmen des 2021 stattfindenden Auschwitz-Seminars konnten sich Lehrkräfte darüber hinaus vertieft mit den pädagogischen Möglichkeiten der Gedenkarbeit, darunter auch die Erinnerung an die von den Nationalsozialisten geknechteten und ermordeten Sinti und Roma, beschäftigen.

Diese und weitere Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte tragen in besonderer Weise dazu bei, im Unterricht und bei schulischen Projekten neue Lernchancen für junge Menschen zu eröffnen und ihr Bewusstsein für das Schicksal der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, aber auch den Reichtum ihrer Kultur und Traditionen und die Herausforderungen in der Gegenwart zu schärfen.

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) veranstaltet vielfältige Veranstaltungen zur Geschichte der Sinti und Roma sowie zum Thema Antiziganismus.

So gibt es in der Gedenkstätte KZ Osthofen die Möglichkeit, das Thema Antiziganismus im Rahmen der regulären Führungen zu behandeln. Hierzu sind umfangreiche Materialien vorhanden.

Darüber hinaus gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Dr. Frank Reuter, wissenschaftlicher Geschäftsführer der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg, sitzt seit Anfang 2023 im Wissenschaftlichen Fachbeirat zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung.

Auch mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung regelmäßig zusammen. Es fanden in Zusammenarbeit bspw. folgende Veranstaltungen statt:

- Am 15. März 2022 sprach Jacques Delfeld in einem Online-Vortrag über die Geschichte der Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz.

- Am 15. November 2022 bot der Verband in Kooperation mit der Landeszentrale in Worms einen Workshop zum Thema: „Der ‚Zigeuner'-Begriff im heutigen Sprachgebrauch" an.

- Am 16. März 2023 ging es um „Antiziganistische Ermittlungsansätze der Polizei und Sicherheitsbehörden" und am 23. März 2023 um die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma.

Darüber hinaus hat die Landeszentrale für politische Bildung seit 2019 folgende Veranstaltungen zum Thema Antiziganismus bzw. der Geschichte von Sinti und Roma organsiert:

- Leihgabe der Sonderausstellung „Auschwitz heute“ an das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg (26. September 2018 bis 10. März 2019);
- Buchvorstellung „Und eisig weht der kalte Wind“ von Ricardo Laubinger, Vorsitzender der Sinti-Union Hessen (22. Oktober 2021);
- Sonderausstellung in Osthofen „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ behandelte auch den Aspekt Antiziganismus (2021);
- seit 2021 wird die Verfolgung der Sinti und Roma auch im 2021 fertiggestellten und neugestalteten Kartenraum in der Gedenkstätte KZ Osthofen thematisiert;
- Besuch einer Gruppe des Bildungsforums gegen Antiziganismus/Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in der Gedenkstätte KZ Osthofen (2. Juni 2022);
- Veranstaltung „75 Jahre Rheinland-Pfalz, Erfahrungen aus der Perspektive von Sinti und Roma“ (digital) (15. März 2022);
- Erzählcafé in der Gedenkstätte KZ Osthofen zum Thema „Was hat Antiziganismus mit mir zu tun?", organisiert vom Förderverein Projekt Osthofen e.V. und dem Frauenbüro des Landkreises Alzey-Worms (10. Februar 2023).

Die Landeszentrale für politische Bildung wird das Thema Antiziganismus und die Geschichte der Sinti und Roma weiterhin bearbeiten und den Kontakt mit den Interessengruppen pflegen.

Michael Ebling